WISA
vorwärts für Sachsen-Anhalt

Klare Worte und harte Arbeit

Vom SPD-Landesparteitag in Salzwedel

Die Hansestadt Salzwedel ist bekannt für ihre regionale Spezialität, den Baumkuchen. Bestehend aus guten Zutaten und gebacken über offener Flamme, vereint er alle Ingredienzien, die auch einen gelungenen SPD-Parteitag ergeben.

Überschattet wurde die Zusammenkunft der 120 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten am 25. und 26. November durch die politischen Morde der rechtsextremen Terrorzelle von Zwickau. Gleich nach der Konstituierung beschloss der Parteitag daher einstimmig einen Initiativantrag, in dem die Taten verurteilt und „den Angehörigen der Ermordeten und den Verletzten dieser schreckenerregenden Taten“ das Mitgefühl ausgesprochen wurde. Er bezeichnete den Rechtsterrorismus als „Hauptbedrohung der Demokratie“. Der Parteitag appellierte „an die Bundesregierung und an CDU und FDP, endlich Schluss zu machen mit der verharmlosenden Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus“. Die SPD bekräftigte zudem ihre „Forderung nach einem Verbot der NPD“ und forderte die „Abschaltung der V-Leute des Verfassungsschutzes aus der NPD“. Sie behindern nicht nur ein NPD-Verbotsverfahren, sondern der demokratische Staat dürfe sich nicht korrumpieren durch die Bezahlung von Nazi-Funktionären für die Lieferung wertloser Informationen.

Gleichzeitig müssen die Arbeit des Verfassungsschutzes müsse effektiver werden. Ein NPD-Verbotsverfahren müsse mit dem Ziel eines Verbotes dieser Partei geführt werden, und dürfe nicht in den besten Ausreden enden, warum man die NPD nicht verbieten könne.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Jens Bullerjahn rief die Delegierten in seiner Rede dazu auf, sozialdemokratische Politik offensiver zu vertreten. „Der Koalitionsvertrag trägt die Handschrift der SPD“, sagte er. Die Partei solle im nächsten Jahr dort weiter machen, „wo wir am Ende des Wahlkampfes aufgehört haben“. Wie im Landtagswahlkampf müsse die SPD die Bevölkerung für die Politik interessieren und mobilisieren.

Nach einem kurzweiligen Parteiabend begann der Samstag mit einer kämpferischen Rede der Landesvorsitzenden Katrin Budde. Sie lobte die Arbeit im Landesverband – besonders die gute inhaltliche Vorbereitung des Wahlprogramms und der Koalitionsverhandlungen durch die Ortsvereinen, Kreis- und Stadtverbänden, durch die Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse – und dankte für die gute Zusammenarbeit in den letzten beiden Jahren. Sie beschrieb einen stetigen Aufwärtstrend der SPD im Superwahl 2011, warnte aber gleichzeitig vor zu großer Euphorie. „Der momentane Aufwärtstrend der SPD hat immer noch ein gutes Stück mit der Schwäche des politischen Gegners tun“, sagte die Landesvorsitzende. „Die Schwäche von schwarz-gelb ist nicht automatisch die Stärke der SPD. Unsere eigene Stärke muss noch wachsen.“

Budde erinnerte wie Bullerjahn daran, dass im Koalitionsvertrag mit dem Vergabegesetz, der Ganztagsbetreuung für alle Kinder, der Gemeinschaftsschule, dem aufgabenbezogenen FAG und dem Schulsanierungsprogramm viele gute sozialdemokratische Projekte verankert sind. Sie erklärte diese Punkte für nicht verhandelbar und fand klare Worte gegen den Koalitionspartner, der immer wieder versuche, die Umsetzung dieser Projekte mehr oder weniger offen zu hintertreiben. „Für uns gilt der Koalitionsvertrag!“ erklärte Budde. „Den werden wir einfordern! Punkt für Punkt! Für uns ist das nicht nur eine Frage der eigenen Glaubwürdigkeit, sondern eine Frage der Regierungsfähigkeit der CDU!“ Sie erinnerte die Christdemokraten daran, dass bis 2016 noch ein langer Weg sei und rief: „Am KiföG und an der Gemeinschaftsschule entscheidet sich das Bestehen dieser Koalition! Gibt’s das nicht, gibt’s uns nicht! Wir wollen regieren, keine Spielchen spielen.“ Die Delegierten dankten ihr für diese klaren Worte mit donnerndem Applaus.

In der anschließenden Wahl wurde Katrin Budde mit 68 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzende wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden wieder Rüdiger Erben, Holger Hövelmann und Corinna Reinecke (der komplette Vorstand siehe S.2).

Der Parteitag in Salzwedel war aber nicht nur ein Wahl, sondern auch ein Arbeitsparteitag. Insgesamt wurden fast einhundert Anträge behandelt. Von einem Mitglied des Präsidiums sind die Worte überliefert: „einen so disziplinierten Parteitag habe ich noch nie erlebt!“ Ob der Parteiabend dabei zu Beruhigung oder inhaltlichen Verbrüderung beigetragen hatte, ist nicht bekannt.

Von den vielen Anträgen ist zum ersten der satzungsändernde Antrag zur Briefwahl bei Mitgliederentscheiden hervorzuheben. Damit sind die Voraussetzungen für ein vernünftiges Verfahren bei der Durchführung des Mitgliederentscheides zur Kennzeichnungspflicht bei PolizistInnen geschaffen.

Zum zweiten sind die Leitanträge zum Industrie- und Energieland Sachsen-Anhalt und zum sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu nennen. Zum dritten wurde ein Antrag beschlossen, in dem die SPD das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahren bei Landtagswahlen fordert. (...)

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein ereignisreiches politisches Jahr 2011 geht zu Ende. Es war bestimmt von den Revolutionen in Arabien, die – anders als unsere friedliche Revolution – die Despoten nur mit Waffengewalt stürzen konnten. Wünschen wir den Menschen, dass die Arabellion demokratisch endet. Es war bestimmt von der Euro-Krise, die nicht nur die ökonomischen Grundlagen des Wohlstandes in Europa in Frage gestellt, sondern auch die politischen Mängel der EU offenbart haben. Und es war bestimmt vom Sichtbarwerden des organisierten rechten Terrors in der Bundesrepublik. Was Einige schon immer gemahnt und Viele täglich erlebt haben, ist heute für Alle harte Gewissheit: Der Rechtsterrorismus in Deutschland ist Realität! Der Feind unserer Demokratie steht rechts, nicht nur ideologisch, sondern auch physisch und tatsächlich!

Das Jahr 2011 war auch bestimmt von einer neuen politischen Unkultur. Wenn sich ein betrügerischer Ex-Minister so kurz nach seinem Scheitern als neue politische Instanz inszenieren kann, sagt das mehr über den Zustand unserer Demokratie als die sinkende Wahlbeteiligung.

Das Jahr 2011 hat aber auch eine SPD im Aufwärtstrend gesehen. Die Bilanz nach den sieben Landtagswahlen ist ein positive, wenn auch nicht euphorische. Der Parteitag in Berlin war ein guter Abschluss dieses sogenannten Superwahljahrs. Wir zwar müssen noch Einiges tun, um neben die Schwäche der Anderen mehr eigene Stärke zu stellen, aber wir sind auf einem guten Weg. Ich hoffe, Ihr könnt an Weihnachten und Silvester die Kraft dafür tanken, und wünsche Euch ein frohes und gesegnetes Fest und einen angenehmen Wechsel ins neue Jahr.

Eure

Katrin Budde

Der Rote Faden

von Oliver Draber

Alle Jahre wieder im Spätherbst, wandelt sich das Wendland. Die dünn besiedelte Landschaft zwischen Elbe und Heide mit den großen Waldgebieten und den malerischen Rundlingsdörfern wird zum Schauplatz einer Auseinandersetzung, die bundesweit für Aufmerksamkeit sorgt. Der Castor rollt wieder.
Worum geht es?
Gorleben ist das einzige genehmigte Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich. Gleichzeitig laufen auf der anderen Straßenseite die Erkundungen über die Tauglichkeit des Salzstocks Gorleben-Rambow als Endlager. Die Castorbehälter, die aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague kommen sind also mitnichten unterirdisch gelagert, sondern befinden sich oberirdisch in einer Halle. Aufgrund der Hitzentwicklung werden die 113 eingelagerten Castoren noch mindestens 40 Jahre dort stehen müssen. Die Lagerhalle wird von den Einwohnern aufgrund der Bauart „Kartoffelscheune“ genannt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat das Moratorium der Erkundung aufgehoben, seitdem wird der Salzstock weiter ausgebaut. Inzwischen sind dort 1,6 Milliarden verbaut worden. Wer einfährt, bekommt Zweifel, ob eine Erkundung einen derartigen Ausbau erfordert. Sollen dort Fakten geschaffen werden?
Derzeit ist ein Untersuchungsausschuss des Bundestages eingesetzt, der klären soll, ob der Standort Gorleben nach wissenschaftlichen Kriterien ausgesucht wurde. Die Zeugenvernehmung ist geprägt von Wissenslücken der damaligen politischen Entscheidungsträger und großen Zweifeln an der Tauglichkeit bei Fachleuten. Die CDU/FDP-Mehrheit im Ausschuss wird wohl aber das „richtige“ Ergebnis finden.
Die ursprünglich festgelegten Kriterien für einen geeigneten Endlagerstandort wurden mit jedem Fund im Salzstock aufgeweicht. Anhydridschichten, die wasserleitend sind, Laugeneinschlüsse und das in Teilen fehlende Deckgebirge waren plötzlich unproblematisch. Das bei Bohrungen der VEB Erdöl und Erdgas 1969 bei einer Gas-Gasolin-Salzlaugengemisch-Explosion ein Arbeiter getötet wurde und mehrere verletzt wurden, ist nur mangelnden Sicherheitsvorschriften geschuldet. Unschön nur, dass diese Bohrung im Salzstock Gorleben-Rambow stattfand.
Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat Gorleben ins Spiel gebracht, da es sich in der sogenannten „Zonenrandlage“ befand und die Einwohner als sehr konservativ galten. Er sollte sein blaues Wunder erleben.
Die offensichtlichen Mängel im Auswahlverfahren und die nicht vorhandene Bürgerbeteiligung haben zu einem Schulterschluss in der Bevölkerung geführt. An fast jedem Haus findet man das gelbe „X“ als Zeichen der Ablehnung. Der friedliche und kreative Widerstand wird inzwischen schon in der dritten Generation fortgeführt. Alle Alters- und Berufsgruppen sind vertreten. Die Traktoren der Bäuerlichen Notgemeinschaft sind das Sinnbild des Protests.
Zur Sicherung des Transports befinden sich 20.000 Polizistinnen und Polizisten im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Die Kosten des Transports werden vom Land Niedersachsen auf 33,5 Millionen Euro geschätzt.
Das absaufende und zusammenstürzende Salzbergwerk Asse, in dem schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert sind, galt einst als Prototyp des Endlagers in Gorleben. Der Sicherheitsnachweis ist heute bereits Makulatur. Der Sicherheitsnachweis für Gorleben soll für 1 Million Jahre erbracht werden...

Weitere Informationen gibt es unter: www.gorleben-soll-leben.de

Oliver Draber
-Landesgeschäftsführer- ■

Voller Saal in Wittenberg

Talkrunde von Burkhard Lischka mit Peer Steinbrück und Wolfgang Böhmer

Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Burkhard Lischka fand am Mittwoch, den 09. November 2011, die Talkrunde „Lischka trifft...“ mit dem Bundesfinanzminister a.D. Peer Steinbrück und dem Ministerpräsidenten a.D. Prof. Dr. Wolfgang Böhmer in Wittenberg statt. Lischka leitete mit der Frage ein, was beide aneinander schätzten und wieso sie beide gleichermaßen beliebte Politiker wären. Steinbrück über Böhmer: „Er agiert geradlinig, ehrlich, loyal und undogmatisch. Das wissen die Menschen zu schätzen.“ Dem mochte Böhmer nicht widersprechen und zahlte mit gleicher Münze zurück: „Er beherrscht die Klaviatur der Kammermusik.“

An diesem geschichtsträchtigen Datum durfte natürlich die Wiedervereinigung nicht fehlen. „Was sind Ihre Erinnerungen an den 9. November 1989?“, fragte der Gastgeber. Die Antworten verblüfften. Böhmer war im Rahmen eines Ärztekongresses in Hannover, „ich war also in der BRD.“ Steinbrück wiederum weilte an jenem Abend auf einer Dienstreise in der DDR. „Ich war mit unserem damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau bei einer Kulturveranstaltung in Leipzig.“

Die gesamtdeutsche Entwicklung seit der Wiedervereinigung beurteilten beide Politiker grundsätzlich positiv, wobei sie auch nachdenkliche Töne anschlugen. „Ich sehe die demographische Entwicklung als größte Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Der immense Verlust an gut qualifizierten, jungen Arbeitskräften stellt ein großes Problem dar“, mahnte Böhmer.

Ebenso kritisch äußert er sich zur Finanzkrise. Er sehe die Krise mehr als eine politische denn als Bankenkrise, so Böhmer. Die Politik habe sich unter Brechung einer soliden Haushaltspolitik bei den Banken Kredite aufgenommen und den Staat tief verschuldet. Dieser Einschätzung mochte sich der Ex-Bundesfinanzminister nicht anschließen. „Herr Böhmer lässt außer Acht, dass die Banken dank hoher Zinsen bei der Kreditvergabe an Staaten über Jahre riesige Renditen eingefahren haben“, erklärte Steinbrück. „Nun wollen sie sich an der Bewältigung der Krise nicht beteiligen.“ Einig waren sie sich in der Forderung nach einer Steuer auf Finanztransaktionen. In Bezug auf die Rolle der EU vermisst Steinbrück eine politische Vision der handelnden Akteure. „Ich unterstelle keine Absicht, jedoch eine gewisse Fahrlässigkeit. Wenn wir wieder in nationalstaatliches Denken und Handeln verfallen, wird Europa als Akteur auf der globalen Ebene keine Chance haben.“

Zum Abschluss des Gespräches wurde es noch einmal humorvoll. Steinbrück beendete den von Lischka vorgegebenen Satz „Wolfgang Böhmer wäre auch ein guter Sozialdemokrat“ mit „weil ich auch ein guter Christdemokrat geworden wäre.“ Böhmer wünschte Steinbrück, dass für ihn im Jahre 2013 „alle Wünsche in Erfüllung gehen, die er selbst hat und die ihm andere wünschen.“ Das wird jeder auf seine Weise lesen – Per Steinbrück auch. ■

Fortsetzung von Seite 1

(...) Zum Abschluss wurde der Adam-Wolfram-Preis an Udo Krause vergeben. Er war von der historischen Kommission vorgeschlagen worden, weil er in seiner Magisterarbeit die Gründung der SDP in Sachsen-Anhalt sehr genau aufgearbeitet hatte. Laudator war der Vorsitzende der Historischen Kommission Dr. Rüdiger Fikentscher, der auf die Bedeutung des eigenen Geschichtsbewusstseins für die Identität der Sozialdemokratie hinwies.
Der Parteitag endete ohne das traditionelle „Wann wir scheiten Seit‘ an Seit‘“. Der Parteivorstand steht dabei im Rechtsstreit mit den Erben des Verfassers. Möge er ihn schnell gewinnen. ■

Der neue Landesvorstand

Landesvorsitzende
Katrin Budde

Stellvertretende Vorsitzende
Rüdiger Erben
Holger Hövelmann
Corinna Reinecke

Schatzmeister
Dr. Steffen Eichner

BeisitzerInnen
Markus Bauer
Petra Grimm-Benne
Kornelia Keune
Burkhard Lischka
Marko Mühlstein
Dr. Katja Pähle
Silke Schindler
Victoria Schmid
Andrej Stephan
Ulrich Stockmann
Waltraud Wolff
Kurt-Jürgen Zander

Delegierte zum Bundesparteitag

Petra Börst-Harder
Dr. Wolfgang Eichler
Dr. Falko Grube
Marko Mühlstein
Dr. Katja Pähle
Silke Schindler

Friedrich-Ebert-Stiftung feiert Jubiläum in Magdeburg

Großer Bahnhof in der Magdeburger Landeszentrale der Friedrich-Ebert-Stiftung. Unter dem Motto „Zwanzig Jahre Engagement für soziale Demokratie“ feiert die Stiftung in diesem Jahr ihr Jubiläum in den neuen Bundesländern. Unter den Gratulanten war viel SPD-Prominenz aus ganz Sachsen-Anhalt und ein Mann, der selbst lebendige Parteigeschichte ist: Peter Struck, früher Verteidigungsminister und Vorsitzendender der SPD-Bundestagsfraktion, heute Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Mit den Worten Holger Börners, Stiftungsvorsitzender in der Wendezeit, erinnerte Peter Struck an die Geschichte der FES in den neuen Ländern: „Die Entwicklung in Deutschland seit der Maueröffnung ist für die Stiftung die größte Herausforderung in ihrer Nachkriegsgeschichte. Sie lautet: einen Beitrag leisten zum Entstehen einer demokratischen und politischen Kultur in den östlichen Bundesländern und Mitwirken bei der Vereinigung der beiden Gesellschaften in Deutschland.“

Aber Peter Struck war nicht nur nach Magdeburg gekommen, um über die Vergangenheit zu sprechen. Vor den rund 50 Gästen markiere er die Eckpunkte der heutigen Stiftungs-Arbeit. Dabei liegt ihm die politische Bildung junger Menschen besonders am Herzen: „Es ist eine der wichtigsten Aufgaben, der Demokratieverdrossenheit entgegen zu treten. Wir richten uns ganz gezielt an Heranwachsende. Denn sie sind durchaus bereit, sich politisch zu engagieren, sobald ihr Interesse geweckt und ihnen konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten aufgezeigt werden“, so Struck.

Die Stärkung des Demokratieverständnisses ist auch für Katrin Budde, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende von „elementarer Bedeutung. Politikverdrossenheit ist real“, erklärte sie in ihrem Grußwort. „Deshalb ist die Vermittlung demokratischer Wertvorstellungen heute so aktuell wie ehemals. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist und bleibt dabei ein unverzichtbarer Partner.“ Auch Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn gratulierte der FES und wünschte, „dass künftig noch mehr Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung die Angebote der Stiftung wahrnehmen“. ■

Hopfen und Malz, Gott erhalt´s

Treffen der SPD-Senioren / Besichtigung der Privatbrauerei in Wittingen

Im Oktober haben Senioren des SPD-Ortsvereins Salzwedel die Privatbrauerei in Wittingen besichtigt. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft 60+ aus Gifhorn waren ebenfalls eingeladen.

Die Privatbrauerei in Wittingen ist im norddeutschen Raum eine der wenigen privat geführten Brauereien. Die Braurechte befinden sich seit 1429 in Familienbesitz.

Natürlich wird das Bier nach dem deutschen Reinheitsgebot von 1516 gebraut.

Ca. 100 Mitarbeiter produzieren etwa 365000 hl im Jahr. Gegenwärtig werden von der Brauerei 8 Biersorten angeboten. Die Grundlage für den guten Geschmack der Biere bilden die verwendeten Hopfen und Malze sowie das Brauwasser aus hauseigenen Tiefbrunnen. Die Sozialdemokraten lehrten die Kunst des Brauens von den Rohstoffen bis zur Abfüllung in Flaschen oder Dosen kennen.

Da solch ein Rundgang an den Kräften zerrt, wurde ihnen im Anschluss ein rustikaler Imbiss gereicht. Er bestand aus diversen Brotsorten sowie verschiedenen Wurstsorten und Gehacktem. Dazu wurden hauseigene Biere gereicht. Meist genommenes Bier war das Wittinger Premium. Gut gesättigt trat man die Heimreise. Viele neue Informationen über das Bierbrauen nahmen man mit nach Hause. ■

In stillem Gedenken

Wir Jusos vom Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie trauern um unseren Genossen Henner Will, der am 18. November bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückte.

Unser Landesarbeitskreis wurde im Jahr 2008 gegründet und durch den ersten gewählten Koordinator, Henner Will, maßgeblich beeinflusst in seiner Entwicklung, hin zu einem lebendigen Diskussionsforum und einer wahren Ideenwerkstatt.

Henner war 2008 im Rahmen seines Studiums nach Magdeburg und damit in den Juso- Landesverband gekommen. Bereits von Beginn an meisterte er als Koordinator mit Mut und Ehrgeiz alle organisatorischen Hürden. Seine Arbeitsweise war geprägt von einem steten Informationsaustausch mit allen Mitgliedern und prägt noch heute unser Vorgehen im Landesarbeitskreis. Durch die von ihm eingeführten interaktiven Terminabstimmungen, durch gemeinsam erarbeitete Thesenpapiere und durch aktuelle Pressemitteilungen wurde der Landesarbeitskreis bald zu einer vielfältig wahrgenommenen und beliebten Institution für die Jusos Sachsen- Anhalt.

Wir haben Henner sehr geschätzt und werden ihn und das, was er für unseren Landesarbeitskreis getan hat, nicht vergessen. Die Jusos Sachsen- Anhalt und insbesondere der Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie werden Henner stets als einen der ihren in Erinnerung behalten.

In tiefer Trauer.

Christian Böhme, *im Namen des Landesarbeitskreises Ökonomie und Ökologie*

Terminankündigungen

13. Dezember 2011 – Im Ernst-Reuter-Haus, Magdeburg, findet ab 18 Uhr die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ) statt, bei der ein neuer Landesvorstand gewählt wird.

13. Januar 2012 – Im Schloss Hundisburg führt der KV Börde ab 19 Uhr seinen Neujahrsempfang durch.

21. Januar 2012 – Im Schlossgartensalon Merseburg findet ab 10 Uhr der Neujahrsempfang des KV Saalekreis statt.

28. Januar 2012 – In der Familienbildungsstätte Naumburg findet ab 10 Uhr der Neujahrsempfang des KV Burgenlandkreis statt. ■

Rezension

Politik ist Wille

„Perspektiven für eine europäische Innenpolitik“ – so lautet der Untertitel des von Finanz-Staatssekretär Heiko Geue soeben vorgelegten kleinen Bandes zur aktuellen Europa-Politik. Nach 60 Jahren friedlicher Integration mache sich in Europa eine bleierne Ratlosigkeit breit, analysiert der Autor und skizziert das europapolitische Dilemma mitten in der Finanzkrise: Je enger europäische Zusammenarbeit werden muss, desto größer wird Widerstand und Misstrauen gegen alles Europäische in der Bevölkerung. Geue schlägt als Ausweg die Bildung einer europäischen Wirtschaftsregierung der Staats- und Regierungschefs der 17 Euro-Staaten vor, kontrolliert von nationalen Parlamenten und dem Europa-Parlament. So könne Vertrauen wieder wachsen.

Fraglich ist jedoch, ob sich eine solche Wirtschaftsregierung zügig über europaweite Mindestlöhne, Mindeststandards bei Sozialniveaus und Regeln für die Finanzmärkte verständigen würde. Zwar könnte so der viel beschworene Primat der Politik wieder hergestellt werden. Aber werden nicht immer Einzelne ihre Vorteile auf Kosten anderer suchen? Geue will Hilfen in finanziellen Notlagen konditionieren: „Europäische Solidarität kann nur der Staat erwarten, der an einem anderen Europa mitbaut.“ Nur wer sozialen Mindeststandards zustimmt, darf auf Hilfe zählen. Doch kann das funktionieren, wenn die Rettung eines Staates auch für die Retter überlebenswichtig ist?

Trotz offener Fragen ist der im Vorwärts Verlag erschienene Band eine brandaktuelle und gut lesbare Analyse der europäischen Politik und ein konkreter Beitrag zu neuen Lösungen.

Matthias Graner ■

Broschiert: 116 Seiten
Verlag: Vorwärts Buch; Auflage: 1 (Oktober 2011)
ISBN-10: 386602276X
ISBN-13: 978-3866022768

Impressum:
V.i.S.d.P.: Oliver Draber
Redaktion: Dr. Falko Grube
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle,
Redaktion WiSA,
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg